



Stand●e

Standpunkte 11/2010



GeoBusiness

„Standpunkte GeoBusiness“ erscheint unregelmäßig mit Beiträgen der unterschiedlichsten Art zu vergangenen, aktuellen oder zukünftigen Themen des GeoBusinessNetzwerkes in Deutschland. In dieser ersten Ausgabe 11/2010 geben 17 Experten mit ihren Positionen rund um die Nutzung ortsgebundener Informationen ein Schlaglicht zum Status Quo.

Inhalt

GeoBusiness in Deutschland – 17 Standpunkte	Seite 5
Wolfgang Naujokat European Society for eGovernment	Seite 6
Udo Stichling Deutscher Dachverband für Geoinformation e.V.	Seite 7
Stefan Sandmann Bezirksregierung Köln	Seite 8
Dr. Paul Becker Deutscher Wetterdienst	Seite 9
Prof. Dr.sc.techn. Dr.-Ing. Horst Lilienblum Geo-Daten-Infrastruktur Sachsen e.V.	Seite 10
Oliver André Hauner Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	Seite 11
Egon Stabenow Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	Seite 12
Dr. Peter A. Hecker GEOkomm e.V.	Seite 13
Dr. Jörg Reichling Kommission für Geoinformationswirtschaft	Seite 14
Thomas Beißwenger Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.	Seite 15
Dr. Martin Lenk, Thomas Luckhardt Koordinierungsstelle GDI-DE, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin	Seite 16
Horst Gotthardt Unternehmensberater, Runder Tisch GIS e.V.	Seite 17
Prof. Dr. Klaus Greve Geographisches Institut der Universität Bonn	Seite 18
Prof. Dr. Manfred Ehlers Universität Osnabrück	Seite 19
Joachim Deutschmann Deutscher Markscheider-Verein e.V.	Seite 20
Dr.-Ing. Norbert Schächter Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V.	Seite 21
Impressum	Seite 22

GeoBusiness in Deutschland

- 17 Standpunkte -

GeoBusiness

GeoBusiness, das sind Geschäftsmodelle mit ortsgebundenen Informationen der öffentlichen Hand. Die Kommission für Geoinformationswirtschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (GIW-Kommission) arbeitet seit 2004 daran, die Rahmenbedingungen zur Bereitstellung dieser Daten an die Wirtschaft zu optimieren. Leitprojekte zeigen wie es geht. Studien bewerten gesetzliche Grundlagen und Marktpotenziale. TaskForces entwickeln Lösungsmodelle zur Änderung der Vielfalt an Bereitstellungsbedingungen für staatliche Geoinformationen. Fazit aller Erfahrungen ist, dass Geschäftsmodelle - also Arbeitsplätze und Know How-Vorsprung in der deutschen Wirtschaft - nur dann entstehen können, wenn Lizenz- und Preismodelle, Datenschutzbedingungen und technische Standards der öffentlichen Hand bundesweit verwaltungsübergreifend einheitlich sind.

Struktur

Die GIW-Kommission besteht aus Bundesspitzenverbänden. Sie wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) geleitet. Der Vorsitzende des Lenkungsgremiums Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) nimmt an den Sitzungen der Kommission regelmäßig teil. Das BMWi wiederum vertritt die Kommission im Lenkungsgremium GDI-DE. Über den Austausch der Geschäftsstellen der Kommission und von GDI mit wechselseitiger Mitwirkung in Projekten und

Arbeitsgruppen wird eine inhaltliche Ergänzung sicher gestellt.

Organisation

Die operative Arbeit in den Projekten, Workshops, Arbeitsgruppen und TaskForces der Kommission wird in der Regel durch die Mitgliedsunternehmen oder die Verbände selbst wahrgenommen. Als Drehpunkt steht dem BMWi und der Wirtschaftskommission die GIW-Geschäftsstelle, ein Stabsbereich an der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover zur Verfügung. Die Geschäftsstelle bündelt die Bedürfnisse der Wirtschaft, sorgt für inhaltlichen Abgleich. Studien werden vergeben, begleitet und Kommunikationsstrategien entwickelt. Sie öffnet als Katalysator die Türen zu den Fachverwaltungen und moderiert die Prozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung.

Die Protagonisten

Es gibt drei wesentliche Beteiligte im GeoBusiness in Deutschland - die Wirtschaft, die Verwaltung und die Politik. Um die Schwerpunkte effektiv bearbeiten zu können, müssen die Aktionsfelder der Kommission: Leitprojekte, Studien, Task Forces und Kommunikation je nach Erfordernis mit den entscheidenden Mitwirkenden besetzt sein. Im Klartext bedeutet dies, dass die Empfehlungen, die aus den Leitprojekten und Studien oder in den TaskForces zu den Themen Lizenzen, Preise und Datenschutz erwachsen, nun in den politischen Raum gegeben

werden müssen.

Dann wird sich erweisen, ob die Strukturen mit GIW-Kommission, IT-Planungsrat, IMAGI, Lenkungsgremium GDI-DE und Deutschland-Online, die für die Wirtschaft äußerst schwer tragfähigen Bereitstellungsbedingungen zur Nutzung staatlicher Geoinformationen zukunftsfristig verändern können.

Der Ausblick

Um die Verhältnisse bei der Bereitstellung öffentlicher Geoinformationen für Unternehmen zu verbessern, müssen zukünftig große politische Räder gedreht werden. Initiativen wie die „open data policy“ in den USA, Preissenkungen um mehr als 90% für öffentliche Geoinformationen in Österreich oder „free data release“ wie in Großbritannien müssen auch in Deutschland Schule machen. Einheitlichkeit vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen ist das Ziel.

Positionen

Siebzehn Experten rund um das GeoBusiness haben ihre Sichtweisen in dieser ersten Ausgabe der „Standpunkte GeoBusiness“ zu Leitthemen beim Datenbezug und der Datenbereitstellung dargelegt. Vertreter aus Wirtschaft, Behörden und Universitäten ziehen hier ein weites Spektrum der Positionen auf – lesen Sie selbst!

Nach dem Studium von Mathematik und Wirtschaftswissenschaften an der Universität zu Köln begann Wolfgang Naujokat seinen industriellen Werdegang 1979 bei der Siemens AG im Bereich der Informationstechnik. Nach verschiedenen Führungsfunktionen bei Siemens, SNI und SBS ist er seit 2002 als selbstständiger Unternehmensberater vorwiegend im Bereich eGovernment tätig. Er ist u.a. stellvertretender Vorsitzender der European Society for eGovernment (ESG) und des IWG-Netzwerkes, wirkt in diversen Gremien aktiv mit, so z.B. bei der Initiative D21 (Leiter der Projektgruppe Geoinformationswirtschaft), in der GIW-Kommission, in Deutschland Online, im Kooperationsausschuss NRW und in verschiedenen Regionalinitiativen. Außerdem ist er Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten.



© Wolfgang Naujokat

Wolfgang Naujokat

European Society for eGovernment – Vorstand,
Projektgruppe Geoinformationswirtschaft der Initiative D21 – Vorsitzender
51491 Overath, Liegnitzer Str. 7, E-Mail: wolfgang.naujokat@egov-europe.de

Einfacher Zugang zu öffentlichen Daten als wesentlicher Faktor zur Wirtschaftsförderung

Schon lange ist durch Studien belegt, dass Daten der öffentlichen Hand zu einer wesentlichen Verbesserung nahezu aller Prozesse in Wirtschaft und Verwaltung beitragen, zusätzlich neue Wirtschaftszweige erschließen und damit zusätzliche Arbeitsplätze in den verschiedensten Ebenen der Wertschöpfungskette schaffen und insgesamt den Wirtschaftsstandort Deutschland wesentlich stärken. Allerdings können diese Daten, insbesondere die Geofachdaten, in Deutschland bislang lediglich zu einem Bruchteil genutzt werden.

Europäische Ansätze wie PSI und INSPIRE versuchen für die Nutzung öffentlicher Daten neue rechtliche Rahmenbedingungen für den nationalen Raum zu schaffen. Auch zeigen z.B. die OpenData-Initiativen interessante Entwicklungen in Deutschland, aber auch die Open Government Directive der Obama Administration spannende Ansätze zur Nutzung dieser Daten auf.

Bundesweit beschäftigen sich beispielhaft folgende Gremien

und Institutionen mit der Aktivierung des Geo-Marktes:

- In der Initiative GDI-DE soll eine bundeseinheitliche Geodateninfrastruktur vorangetrieben und die INSPIRE-Richtlinie umgesetzt werden. Damit strukturiert sich die Angebotsseite deutlich.

- Mit der GIW-Kommission wird dem Bedürfnis nach Strukturierung der Nachfrageseite u.a. mit der Entwicklung von Rahmenbedingungen zur Nutzung öffentlicher Daten Rechnung getragen.

- Eine Vielzahl von - teilweise leider unabgestimmten – regionalen Initiativen versucht, auf breiter Basis Awareness auf allen Ebenen aber auch partielle Lösungen für das GeoBusiness zu schaffen.

- Der Projektgruppe der Initiative D21 fällt u.a. die Aufgabe zu, eine Koordinationsfunktion zwischen diesen Initiativen und zwischen Wirtschaft und Verwaltung wahrzunehmen.

- Neben all diesen Initiativen haben sich in den verschiedensten Bereichen inzwischen auch private Datenanbieter

am Markt etabliert, die teilweise ihre Daten im Vergleich zur Verwaltung einfacher, kostengünstiger und nachhaltiger anbieten können. Um den Schatz öffentlicher Daten dennoch zu heben müssen die Erfolgsfaktoren der privaten auf die öffentlichen Datenanbieter übertragen werden. Hierzu gehören insbesondere

- sichere rechtliche nachhaltige Rahmenbedingungen,

- nutzergerechter, einfacher, intuitiver Zugang,

- einfaches, transparentes und nutzungsorientiertes Preismodell.

Zur Schaffung gerade dieser Rahmenbedingungen sind bei der GIW-Kommission so genannte TaskForces eingesetzt worden. Hier bleibt zu hoffen, dass diese ihre Ziele mit der notwendigen Geschwindigkeit und in notwendiger Abstimmung zeitnah erreichen.

Öffentliche Daten, insbesondere GeoBusiness-Fachdaten, tragen nur dann zur Wirtschaftsförderung bei, wenn sie nutzergerecht, intuitiv und in einem einfachen, transparenten Preismodell zugänglich sind.

Dipl.-Ing. Udo Stichling studierte an der Uni Bonn Geodäsie und absolvierte im Anschluss daran die Referendarausbildung mit dem Abschluss als Vermessungsassessor bevor er 1992 als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur mit Sitz in Wuppertal vereidigt wurde. Als Beratender Ingenieur hat er die gesamte Geodatenbranche im Fokus. Zusätzlich ist er als Sachverständiger für die Bewertung von bebauten und unbebauten Grundstücken tätig. Er ist Vizepräsident des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI) und vertritt den BDVI in zahlreichen Gremien. Seit 2008 ist er ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Dachverbandes für Geoinformation (DDGI) und wurde im Sommer 2010 wiedergewählt.



© Udo Stichling

Dipl.-Ing. Udo Stichling

Deutscher Dachverband für Geoinformation e.V. - Präsident
42277 Wuppertal, Hügelstraße 15, E-Mail: geschäftsstelle@ddgi.de,
Internet: www.ddgi.de

Geoinformation schafft Mehrwerte in der gesamten Deutschen Wirtschaft - gepaart mit angemessenem Datenschutz bleiben Bürgerinteressen gewahrt.

Der Deutsche Dachverband für Geoinformation bildet ein breites Spektrum an Beteiligten der Geoinformationsbranche aus der Wirtschaft, Behörden, Fachverbänden, sowie Forschung und Lehre ab. Gemeinsames Ziel ist es die Qualität und Verfügbarkeit von Geodaten und den daraus gewonnenen Geoinformationen zu fördern und stetig zu verbessern. Die Grundlage „Geoinformation“ ist aus vielen Bereichen einer modernen Informationsgesellschaft nicht mehr wegzudenken. Umwelt- und Katastrophenschutz, Raumplanung, Wirtschaftsförderung, Bürgerinformation, Marketing, Tourismus, Verkehr, Landesverteidigung, Wissenschaft und Bildung sind nur einige wichtige Kernbereiche in denen Geoinformation wesentlicher Bestandteil für eine zeitgemäße Aufbereitung ist. Im Zuge der Umsetzung der europäischen INSPIRE-Richtlinie sollen solche Daten auf europäischer Ebene harmonisiert und flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.

Der DDGI bemüht sich durch die Förderung von qualifizierten Fachgutachten und deren Diskussion auf politischer, ministe-

rieller und fachlicher Ebene allen Beteiligten einen sinnvollen Lösungsweg aufzuzeichnen. Dabei können gesicherte Rechte der Bürger gewahrt bleiben. Aber beim Erfassen und Verarbeiten von Geodaten muss auch ein wirtschaftliches Arbeiten möglich bleiben. Prämisse muss es sein, stets eine ausgewogene Lösung zwischen allen Beteiligten - Bürgern, Behörden, Gesetzgebung und letztendlich immer auch der Wirtschaft - zu finden.

Es ist zu klären, wo die Rechte des Bürgers beginnen und in welchem Rahmen Geoinformationen erfasst werden können. Die globalen Chancen, Risiken und Tendenzen der letzten Jahre sowie die zukünftige Gesamtentwicklung sind gegeneinander abzuwägen und für eine gesetzlich einwandfreie Entscheidung zu nutzen. Dabei dürfen aber auch die berechtigten Interessen der gesamten Geobranche nicht vernachlässigt werden. Im nächsten Schritt ist die Weiterverarbeitung und Bereitstellung der Geoinformation zu regeln.

Durch die Grundlagenqualität der Geoinformationsbranche kann mit eilig getroffenen

Regulierungen schnell ein Schaden für den Wirtschafts-, Wissens- und Informationsstandort Deutschland entstehen, der nicht nur ein Imageschaden wäre.

Ziel muss es bei allen Entscheidungen sein, dass Chancen der neuen Verfahren und Techniken genutzt und so Mehrwerte erzielt werden können.

Letztendlich darf der sinnvolle und wertvolle Einsatz von Geoinformation nicht an schnell gezogenen unausgewogenen gesetzlichen Schranken scheitern.

Die dauerhafte Verfügbarkeit und der tägliche Einsatz von Geoinformation im Zusammenhang mit der Umsetzung von INSPIRE sind wesentliche Voraussetzungen zur Schaffung von realen Mehrwerten in der Wirtschaft.

Dipl.-Ing. Stefan Sandmann ist bei der Bezirksregierung Köln für den Aufbau der Geodateninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (NRW) verantwortlich. Er koordiniert die praktischen Arbeiten zur Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie für NRW. Weiterhin leitet er die Geschäftsstelle zur Initiative "Deutschland-Online, Vorhaben Geodaten" und ist Mitarbeiter in mehreren länderübergreifenden Projektgruppen für den Aufbau einer Geodateninfrastruktur in Deutschland.



© Stefan Sandmann

Stefan Sandmann

Bezirksregierung Köln, Geobasis NRW
53177 Bonn, Muffendorfer Straße 19-21,
E-Mail: stefan.sandmann@bezreg-koeln.nrw.de

Deutschland-Online Vorhaben Geodaten

Geoinformationen bilden die Basis für viele E-Government-Verfahren. Das zeigt sich nach Feststellung der EU auch in den aktuellen Fragestellungen zu der Dienstleistungsrichtlinie oder dem Informationsweiterverwendungsgesetz. Deutschland hat daher bereits 2003 zur Verbesserung der E-Government-Prozesse das Vorhaben Geodaten als eins von derzeit 17 Vorhaben der Initiative Deutschland-Online gestartet. Dem Land Nordrhein-Westfalen ist die Federführung für das Vorhaben Geodaten übertragen worden. Die Koordination der fachlichen Aufgaben wird durch eine Geschäftsstelle bei der Bezirksregierung Köln wahrgenommen.

Derzeit setzt sich das Vorhaben Geodaten aus über 50 Mitgliedern der Verwaltungsebenen Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft und Forschung zusammen. In regelmäßig stattfindenden Workshops wird über die Arbeitsfortschritte der einzelnen Projekte berichtet sowie über weitere notwendige Schritte beraten.

Die Geschäftsstelle Deutsch-

land-Online Vorhaben Geodaten informiert die zentrale Geschäftsstelle Deutschland-Online zweimal jährlich in einem Fortschrittsbericht über den Projektstand. Somit ist gewährleistet, dass die Weiterentwicklung aller Projekte im IT-Planungsrat wahrgenommen und die Vorhaben der jeweiligen Fachministerkonferenz direkt zugeordnet wird.

Im operativen Geschäft ist die Geschäftsstelle Deutschland-Online des Vorhabens Geodaten der zentrale Ansprechpartner für alle Einzelprojekte. Die fachliche technische Betreuung der Einzelprojekte und die finanzielle Ausgestaltung liegen in der Verantwortung der einzelnen Projektleiter.

Die Geodateninfrastruktur in Deutschland (GDI-DE) ist ein gemeinsames Vorhaben von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Aufbau der GDI-DE soll eine länder- und ressortübergreifende Vernetzung von Geodaten in Deutschland erreicht werden, um sicherzustellen, dass Geoinformationen zukünftig verstärkt in Entscheidungsprozessen innerhalb der Verwaltung, der

Wirtschaft und der Politik zum Einsatz kommen. In der Zusammenarbeit des Deutschland Online Vorhabens Geodaten mit der Initiative GDI-DE wird das Prinzip EINIGE FÜR ALLE sehr deutlich: Während beim Aufbau der GDI-DE langfristige Vorhaben flächendeckend für Deutschland angestoßen und realisiert werden, sollen in Deutschland-Online kurzfristig realisierbare Projekte durch einige Partner bearbeitet und zum Abschluss gebracht werden. Folglich trägt das Vorhaben Geodaten mit seinen schnell realisierbaren und erfolgreichen Geo-Projekten zum Aufbau der GDI-DE bedeutend bei.

Deutschland-Online, Geodaten verfolgt das Ziel, kurzfristig realisierbare Geo-Projekte, nach dem Grundsatz *Einige für alle* der Bevölkerung, der Politik und der Wirtschaft vorzustellen.

Dr. Paul Becker absolvierte von 1980 bis 1984 das Studium der Meteorologie an der Universität Hamburg. Von 1984 bis 1989 war er wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Hamburg bzw. am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg. 1987 Promotion. Seit 1989 ist er Beamter beim Deutschen Wetterdienst. Seit Juli 2008 ist er Mitglied im Vorstand des Deutschen Wetterdienstes und Leiter des Geschäftsbereiches für Klima und Umwelt. Seit August 2010 ist er dort Vizepräsident. Seit 1989 Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg. Seit 2007 Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung Medizin-Meteorologischer Forschung e.V. und seit 2009 Leiter der Deutschen GEO (Global Earth Observation) - Delegation.

Dr. Paul Becker

Deutscher Wetterdienst - Vizepräsident und
Leiter des Geschäftsbereiches Klima und Umwelt
63067 Offenbach, Frankfurter Straße 135, E-Mail: paul.becker@dwd.de



© Dr. Paul Becker

Wetter- und Klimadaten – Grundlage für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel

Der Klimawandel ist eine Tatsache, auf die sich unsere Gesellschaft beginnt einzustellen. Dies ist mit neuen Herausforderungen - aber auch Chancen - für die Wirtschaft verbunden.

Klimainformation – das ist heute mehr als eine Statistik von meteorologischen Messdaten. Die Wirtschaft benötigt flächendeckende Wetter- und Klimadaten, die mit anderen Informationen verbunden und kombiniert werden können.

Der Umfang der gewünschten Wetter- und Klimadaten ist auf Grund ihrer zeitlichen Variabilität und ihrer kontinuierlichen Veränderung durch den Klimawandel immens. Inzwischen können meteorologische Datensätze für Szenarienrechnungen bis zum Ende des 21. Jahrhunderts bereitgestellt werden.

Ein vorrangiges Ziel ist die Erleichterung des Zugriffs auf die umfangreichen meteorologischen Datensätze des DWD. Der Online-Zugriff auf die Daten soll durch die Bereitstellung von standardisierten Web-Services unterstützt und erleichtert werden.

Im Vordergrund steht zunächst die Bereitstellung von Katalogdiensten für den Zugang zu Metadaten und das Angebot von Kartendiensten für die Visualisierung in Web-GIS-Anwendungen. Danach ist der Betrieb von Web Feature Services (WFS) und Web Coverage Services (WCS) zur Realisierung direkter Datenabfragen geplant. Vorstellbar ist auch der Betrieb von Web Processing Services (WPS), um über das Internet z.B. Analysen klimatologischer Szenarienrechnungen durchführen zu können.

Der Deutsche Wetterdienst hat in einem ersten Schritt für das CDC (Climate Data Center) ein Online-Katalog-System aufgebaut, das über eine standardisierte OGC-CSW-Schnittstelle verfügt. Der CDC-Katalog enthält Metadaten (beschreibende Informationen) über die im DWD vorhandenen klimatologischen Datensätze. Er wird weiter ausgebaut.

Die Vergrößerung des Umfangs der bereitgestellten Wetter- und Klimadaten und die Verbes-

serung der Zugriffsmöglichkeiten über Web-Dienste soll die Nutzung der Daten durch die Allgemeinheit und die Wirtschaft nachhaltig fördern.

Darüber hinaus wird der DWD auch künftig gemäß seinem gesetzlichen Auftrag Unwetterwarnungen und Planungsgrundlagen für den vorbeugenden Katastrophenschutz bereitstellen. Diese Daten und Informationen sollen dann auch der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

Die Anpassung an den Klimawandel erfordert fundierte meteorologische Grundlagen. Auf Wetter- und Klimainformationen für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft muss jeder zugreifen können.

Oliver André Hauner studierte in Frankfurt am Main Rechtswissenschaft. Nach dem 2. Staatsexamen wechselte er 1998 in die Versicherungswirtschaft. Bevor er 2004 seine Tätigkeit beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) aufnahm, war er in zahlreichen Funktionen für die Allianz Versicherungs-AG tätig. Seit 2010 ist er für den GDV als Leiter Sach-, Technische-, Transport- und Luftfahrtversicherung aktiv. Der GDV ist der politische und fachliche Interessenvertreter aller in Deutschland tätigen Versicherungsunternehmen.



© Oliver André Hauner

Oliver André Hauner

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
10117 Berlin, Wilhelmstraße 43/43G, E-Mail: o.hauner@gdv.de

Naturgefahrenbewertung mit Geodaten

Das Kerngeschäft von Versicherungen besteht in der Übernahme und dem Ausgleich von Risiken. Um ihrer volkswirtschaftlichen Rolle gerecht zu werden und jederzeit ihr vertragliches Leistungsversprechen einlösen zu können, dürfen Versicherer nur dann Risiken zeichnen, wenn sie diese nach strengen gesetzlichen Vorgaben prüfen und bewerten können. Die Geoinformationstechnologie sowie das in den vergangenen Jahren stetig wachsende Angebot von Geobasisdaten haben dazu beigetragen, dass neue, risikoadäquate Versicherungslösungen entwickelt werden konnten.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) hat sich bereits seit Ende der 90er Jahre intensiv für die Verfügbarkeit und den breiten Einsatz georeferenzierter Daten zur Gefährdungsabschätzung engagiert. Im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der GIW-Kommission hat der GDV die Federführung des Projekts „GeoRisiko“ übernommen, das auf den Erfahrungen mit dem Zonierungssystem für Hochwasserrisiken „ZÜRS“ aufbaut.

Das heute webbasierte Geoinformationssystem „ZÜRS Geo“ ermöglicht es den GDV-Mitgliedsunternehmen deutschlandweit Standorte in Bezug auf die Hochwassergefährdung und die Umweltschadengefährdung risikogerecht zu bewerten.

Zuverlässige Geodaten haben dazu beigetragen, dass ohne weiteres für 98,5% aller Gebäude in Deutschland Versicherungsschutz gegen Hochwasser angeboten werden kann und neue Umwelthaftpflichtkonzepte gegen Umweltschäden entwickelt werden konnten.

Die Versicherungswirtschaft bietet an, ZÜRS künftig der breiten Öffentlichkeit zu öffnen. Die Versicherungsbranche macht sich für die Einrichtung einer bundesweit einheitlichen Plattform für die Darstellung von Naturgefahren im Rahmen eines Public-Private-Partnership mit der Verwaltung stark. Anlass ist das Inkrafttreten der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie der EU, die Länder und Kommunen zu einer Ausweisung von Überschwemmungsflächen mit unterschiedlichen Eintrittswahr-

scheinlichkeiten veranlasst. Mit ZÜRS public könnte eine einheitliche und überregionale Risikoeinschätzung durch öffentliche Hand und Versicherer entwickelt werden, die das Know-how beider Partner bündelt und im Sinne der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel zur Bildung eines Risikobewusstseins gegen Naturgefahren bei den Bürgerinnen und Bürgern beiträgt.

Das GDV-Leitprojekt „GeoRisiko“ in der GIW-Kommission entwickelt sich dynamisch weiter und konzentriert sich derzeit auf Wetterdaten (z.B. Starkregen) und Geodaten über denkmalgeschützte Gebäude.

Versichern heißt, Risiken beherrschbar zu machen. Geodaten spielen dabei eine unverzichtbare Rolle. Auf ihrer Grundlage können z. B. Hochwasser- und Umweltgefährdungen risikogerecht bewertet werden.

Nach dem BWL Studium in Köln war Dipl. Kfm. Egon Stabenow von 1974 bis 1993 beim Industrieversicherungsunternehmen Gerling Konzern in diversen leitenden Positionen tätig. Anschließend wechselte in den Vorstand der Monopol-Versicherungsanstalten in Baden-Württemberg. Bis 2000 verantwortete Egon Stabenow als Mitglied des Vorstandes die Firmenversicherung der SV-Sparkassenversicherung in Baden-Württemberg. Im Jahre 2000 erfolgte ein Wechsel zur Provinzialversicherungsgruppe in Kiel. Hier leitete er bis 2005 das gesamte Kompositversicherungsgeschäft sowie die Rückversicherung im Vorstand des Unternehmens. Seit 2006 ist Egon Stabenow als freiberuflicher Berater tätig und berät u.a. den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und ist in dieser Eigenschaft Mitglied der GIW-Kommission.



© Egon Stabenow

Egon Stabenow

Unternehmensberater

24113 Molfsee, Osterwisch 8, E-Mail: e-stabenow@foni.net

Behördliche Daten unterstützen die Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft benötigt zur Beurteilung zu versichernder Risiken Daten. Der Umgang mit Daten zur Risikoeinschätzung, -einschätzung und -bewertung sowie zur Tarifierung und zur Schadenbearbeitung gehört zur Kernkompetenz der Versicherungswirtschaft. Je aktueller und aussagefähiger derartige Daten sind, desto besser ist das Versicherungsunternehmen in der Lage, das Risiko einzuschätzen und damit einen angemessenen Beitrag für den Versicherungsschutz zu kalkulieren.

Bisher wurde in überwiegender Maße der Vertrieb für die Datenschaufung eingesetzt. Ende der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hat die Versicherungswirtschaft erstmals den Einsatz georeferenzierter Daten (Daten mit einem Raumbezug) für die Beurteilung von Risiken im größeren Ausmaß genutzt. Um Gebäude in hochwasser- bzw. überschwemmungsgefährdeten Gebieten zu beurteilen und zu versichern, wurde ein Zonierungssystem (ZÜRS) eingeführt, das erstmalig ausschließlich auf georeferenzierten Daten basiert.

Dieses System ermöglicht eine flächendeckende Analyse von Risikozonen und schafft somit die Grundlage für eine risiko-adäquate Tarifierung von Hochwasser- und Überschwemmungsrisiken.

Die Versicherungswirtschaft nutzt hierbei überwiegend Daten der Wasserwirtschaftsbehörden. Der erfolgreiche Einsatz dieser speziellen behördlichen Daten hat zu Überlegungen geführt, weitere behördliche Geodaten für Beurteilung von Risiken und in der Schadenbearbeitung zu nutzen. Dieses Wirtschaftspotenzial sowie weitere Anregungen der Wirtschaft haben das Bundeswirtschaftsministerium veranlasst, im Jahre 2004 die Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Kommission) einzurichten, um dieses Wertschöpfungspotenzial zu erschließen und eine Schnittstelle zur Wirtschaft zu schaffen. Ziel dieser Wirtschaftskommission ist es, dafür geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die eine branchenspezifische und regional übergreifende Aktivierung dieses Marktpotenzials ermöglichen.

Neben anderen Verbänden wurde auch der GDV Gründungsmitglied der Kommission. Der GDV koordiniert das Leitprojekt „GeoRisiko“, in dem die Beschaffung und Nutzung behördlicher Daten in den letzten Jahren sehr erfolgreich umgesetzt werden konnten. Hierbei werden Daten aus unterschiedlichsten Bereichen wie, z. B. Denkmale, Geologie, Umwelt oder Naturschutz für die Risikobeurteilung getestet.

Am Ende der Prozesse wird es das Ziel sein, flächendeckend und bundesweit behördliche Daten für die Versicherungswirtschaft zu nutzen, um den gestiegenen Anforderungen an die Risikobeurteilung und damit der Versicherbarkeit gerecht zu werden.

Ohne Daten kein Versicherungsschutz! Daher wird die Nutzung behördlicher Daten bei der Beurteilung von Risiken für die Versicherungswirtschaft immer bedeutsamer. Aus diesem Grunde ist eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Behörden ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Prof. Lilienblum ist Gründungsvorsitzender des GDI Sachsen e.V. (2002), Mitglied in der GDI-Lenkungsgruppe und übt seit 1999 ein öffentliches Amt in Sachsen aus. Entwicklungsetappen sind eine 20jährige wissenschaftlich-universitäre Bildungs- und Lehrtätigkeit an der TU Dresden mit Geodäsie-Studium, Vertragsforschung, Studienbetreuung und Dissertation, Aspirantur und 2. Promotion, Univ.-Professur für Geodäsie und Gastprofessur an der ETH Zürich. Praxis- und Leitungserfahrung lieferten Tätigkeiten in Ingenieurgeodäsie und Kraftwerksbau, als wiss. Mitarbeiter für Prognose, Photogrammetrie und Fernerkundung im Ministerium, Direktor Wiss. und Technik sowie im nebenberuflich geführten Büro für Satellitengeodäsie (1990) bei nationalen GPS-Grundlagennetzen, hoheitlichen Vermessungsaufgaben sowie Verkehrsprojekten in der Schweiz, Südamerika und Zentralasien.



© Prof. Dr.sc.techn.
Dr.-Ing. Horst Lilienblum

Prof. Dr.sc-techn. Dr.-Ing. Horst Lilienblum

Geo-Daten-Infrastruktur Sachsen e.V. - Vorstandsvorsitzender
01326 Dresden, Josef-Hegenbarth-Weg 1n, E-Mail: info@lilienblum.de

Organisation, Durchführung und Auswertung von Innovationsforen im Rahmen der Initiative "Geo-Cluster Mitteldeutschland"

Geodaten gewinnen in allen Bereichen der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung.

Sichtbar wird dies durch die inzwischen millionenfach verbreitete Nutzung von Navigations- und Kommunikationstechnik in Mobiltelefonen und Computersystemen mit internetbasierten Kartenapplikationen. Kennzeichnend sind neben den dadurch bereits erreichten beachtlichen Wertschöpfungen in der Geoinformationsbranche, die stark wachsende Integration in Planungs- und Entscheidungsprozesse aller Bereiche der Wirtschaft sowie im Management zentraler und kommunaler Verwaltungen. Dabei spielt die Entwicklung, Pflege und Nutzung sicherer, funktioneller und zukunftsorientierter Geo-Daten-Infrastrukturen mit Zugriffsmöglichkeiten über elektronische Netzwerke und Internet-Technologien mit standardisierten Interaktionen zum Nutzer eine entscheidende Rolle. Dies wird besonders deutlich bei der Beherrschung von Krisensituationen.

Notwendig ist, politische, technologische und institutionelle

Maßnahmen zu initiieren und zu bündeln, die Verfügbarkeit eines Gesamtsystems aufeinander abgestimmter Elemente, Methoden, Technologien, Standards, finanzieller bzw. personeller Ressourcen und Daten sowie die Grundlagen der Anwendung von Geoinformationen nach realen Anforderungen der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung langfristig zu sichern. Erforderlich ist ferner die Erleichterung der Rahmenbedingungen für den Zugang zu raumbezogenen Basisdaten und Diensten für berechnete Interessenten und die Grundversorgung mit aktuellen und qualitätsgeprüften Geoinformationen. Ungeachtet einer hohen Dichte an Geoinformatik-Unternehmen und Nutzern in Mitteldeutschland fehlt eine übergreifende Vernetzung dieser Kapazitäten zur Erschließung des gesamten wirtschaftlichen Potenzials von Geoinformationen.

Insbesondere im Hinblick auf den nötigen Innovationsschub durch konsequente Nutzung von Schlüsseltechnologien, neue physikalische Wirkprinzipien sowie komplexe technologische Entwicklungen

und Systeme, wie Galileo mit LBS und Indoor-Outdoor-Navigation, INSPIRE, GMES, Airborne-Laser-Scanning und 3D-Modellierung ist ein stärkerer wissenschaftlich-technischer, fachlicher und politischer Austausch, die Beförderung neuer innovativer Technologien und Lösungen sowie die gezielte Entwicklung von Fachwissen zwingend nötig.

Diesem Ziel der Vernetzung und der Kommunikation zwischen den Beteiligten will sich die der GDI Sachsen e.V. mit der Initiative "Geo-Cluster Mitteldeutschland," durch die Organisation, Durchführung und Auswertung von Innovationsforen stellen. Dazu werden Fördermittel des Bundes beantragt und planmäßig eingesetzt. Die unter Mitwirkung des GDI Sachsen e.V. gegründeten regionalen Netzwerke [gdi.initiative.sachsen](http://gdi.initiative.sachsen.de) und [SatNav Saxony](http://SatNav.Saxony.de) werden dazu gezielt einbezogen.

Schaffung effektiver Geodateninfrastrukturen in Wirtschaft, Wissenschaft und bürgernahe Verwaltung mit Innovationen, Schlüsseltechnologien und nachhaltigem Entwicklungspotenzial Geoinformation.

Dr. Peter A. Hecker studierte Agrarwissenschaften in München-Weihenstephan und promovierte in Stuttgart-Hohenheim. Von 1985 bis 1991 war er in Costa Rica und der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire) als General Manager und als GTZ-Projektleiter in der Veterinärforschung tätig. Im Anschluss daran übernahm er als geschäftsführender Gesellschafter ein Beratungsbüro und leitete dabei u.a. auch den Bereich „Koordination und Grundsatzfragen“ bei der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin. Seit 2000 liegt sein Beratungsschwerpunkt im Branchenumfeld „Erdbeobachtung und GeoInformation“ und 2005 übernahm er das Netzwerkmanagement des Branchenkompetenznetzwerks „GEOkomm networks“. Den Vorsitz des Vorstands des Verbandes der GeoInformationswirtschaft Berlin/Brandenburg GEOkomm e.V. hat er seit 2002 inne.



© Dr. Peter A. Hecker

Dr. Peter A. Hecker - Vorstandsvorsitzender

GEOkomm e.V. – Verband der GeoInformationswirtschaft Berlin/Brandenburg
14469 Potsdam, Große Weinmeisterstraße 3a, E-Mail: peter.a.hecker@geokomm.de

GEOkomm Verband der GeoInformationswirtschaft – Weltklasse-Geodatenprodukte und Dienste aus der Hauptstadtregion

Die Vision eines florierenden GeoInformationsmarktes

Dass es einen zukünftigen GeoInformationsmarkt gibt, steht außer Frage. Ob er floriert, ist noch nicht entschieden. Wesentliche Schritte, um diesen GeoInformationsmarkt zu entwickeln, liegen in der Entwicklung neuer Geschäftsfelder, in der Durchsetzung einer Geodateninfrastruktur und somit auch in der Verfügbarkeit öffentlicher Geodaten, in der Nutzung und Entwicklung von GeoInformationstechnologie und schließlich im Annehmen der Herausforderungen der globalen GeoInformationswirtschaft.

GEOkomm, der Verband der GeoInformationswirtschaft Berlin/Brandenburg will diese Prozesse aktiv fördern, gestalten und moderieren.

Vorrangiges Ziel und Interesse des Verbandes GEOkomm ist es, die Entwicklung eines florierenden GeoInformationsmarktes zu befördern. Der Verband setzt sich dafür ein, das Angebot, die Zugänglichkeit, die Qualität und die Verwendbarkeit von GeoInformationen zu verbessern, um damit dem starken

und stetig wachsenden Bedarf an GeoInformationen für alle Planungen und Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik sowie den hohen Anforderungen der Gesellschaft an Datenumfang und -komplexität gerecht zu werden.

Darüber hinaus wird die Integration von GeoInformationstechnologien, -diensten und -produkten in die Abläufe einer privaten Nutzung sowie in die Workflows von Unternehmen und Verwaltungen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Hier stecken noch ungeahnte Effizienzpotenziale, die es zu erschließen gilt.

Der Verband GEOkomm hat dazu den Aufbau von Innovationsnetzwerken initiiert, die aus den Beteiligten am GeoInformationsmarkt bestehen, darunter insbesondere Datenlieferanten, Beratungs- und Software-Unternehmen, Anwender, sowie Ministerien, Behörden und Forschungseinrichtungen.

GEOkomm networks ist bisher als einziges Netzwerk der GeoInformationswirtschaft bei der vom Bundeswirtschaftsministerium getragenen Initiative „Kom-

petenznetze Deutschland“, dem „Club der besten 100 Innovationsnetze“ aufgenommen worden.

Mit der Branchentransferstelle *BTS GEOkomm* fördert der Verband den Wissens- und Technologietransfer nachfrageorientiert mit besonderem Blick auf kleine Unternehmen.

Der Verband GEOkomm hat schließlich mit der Bildungseinrichtung **GEOkomm academy** ein Instrument geschaffen um gezielt den Bedürfnissen der Unternehmen und auch Verwaltungen hinsichtlich optimal aus- und weitergebildeter Fachkräfte Rechnung zu tragen.

www.geokomm.de

GEOkomm fördert die Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, initiiert Innovationsprozesse und fördert somit die Marktchancen von KMU. GeoInformationsprodukte und Dienste - made in Germany's Capital Region.

Dr. Jörg Reichling studierte in Kiel Ozeanographie und angewandte Geologie. Ab 1992 war er als Projektmanager tätig. Im Auftrag der Treuhandanstalt koordinierte er dann zwischen 1994 und 1997 ein Vorhaben zur Sanierung ostdeutscher Braunkohlengebiete. Die folgenden drei Jahre betreute er als Projektleiter den Themenpark "Umwelt" der EXPO2000. Anschließend war er zwei Jahre Pressesprecher im GeoZentrum Hannover. Im Anschluss an die Leitung des Geologischen Dienstes für Bremen, übernahm er 2004 die Leitung der Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft.



© Dr. Jörg Reichling

Dr. Jörg Reichling

Kommission für Geoinformationswirtschaft - Geschäftsführer
30655 Hannover, Stilleweg 2, E-Mail: joerg.reichling@geobusiness.org

GeoBusiness und wirtschaftsorientierte Bedingungen zur Bereitstellung staatlicher Geoinformationen - eine „aktivierende Datenpolitik“ kann den gordischen Knoten durchtrennen

Die politischen Strukturen für den GDI-Prozess in Deutschland sind insgesamt konstituiert. Hiermit sind die Bundesverwaltung, die Landesverwaltungen und die Kommunen direkt und aktiv an der Gestaltung der Rahmenbedingungen beteiligt. Einheitliche Bereitstellungsbedingungen für staatliche Geoinformationen als Web-Dienste an die Wirtschaft können nur dann entwickelt werden, wenn die höchsten politischen Ebenen dieses Thema aufnehmen und als folgerichtigen Weg für die wirtschaftliche Entwicklung des GeoBusiness in Deutschland annehmen.

Die TaskForces der GIW-Kommission, als operative Organe innerhalb der GDI-Prozesse in Deutschland, entwickeln wirtschaftsorientierte Vorschläge für harmonisierte Bereitstellung staatlicher Geoinformationen. Dass diese modernen Vorschläge für Lizenzen, Preismodelle oder Datenschutz von den bestehenden Verordnungen, Gesetzen und Richtlinien in den verschiedenen föderalen Ebenen abweichen müssen, liegt in der Natur der Sache.

Bisher wurden auf allen Ebenen individuelle Vereinbarungen, AGBs oder Gebührenverordnungen erlassen. Ein Paradigmenwechsel steht bevor, der Vorbild für ähnliche Entwicklungsprozesse in Europa haben kann.

Geplant ist es, die Überlegungen zu einheitlichen Rahmenbedingungen 2011 weitestgehend abzuschließen. Dies ist wesentlich abhängig von der Entscheidungsfreude der politisch Verantwortlichen. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre kann abgeleitet werden, dass die Implementierung einer neuen zukunftsweisenden und aktivierenden Datenpolitik über die föderalen Strukturen in Deutschland eine gewisse Zeit dauern wird. Es ist davon auszugehen, dass die Zeitspanne bis zur vollständigen Umsetzung der INSPIRE Richtlinie, also mindestens bis 2019, ausgeschöpft werden muss. Im besten Fall sind dann bereits einheitliche Rahmenbedingungen von der Bundes- bis zur Kommunalebene eingeführt. Da weiterhin davon auszugehen ist, dass die Datenpolitik im Zuge der politischen sowie der

technischen Entwicklung stetig anzupassen ist, wird ein dauerhafter Steuerungsprozess eingerichtet werden müssen. Diese Steuerungsmechanismen müssen es erlauben, die Lizenz-, Preis- und Datenschutzpolitik kontinuierlich neuen Veränderungsprozessen anzupassen.

Voraussetzung für eine solche einfache und wirtschaftsorientierte Geodatenwelt ist jedoch, dass der gordische Knoten der heterogenen Rahmenbedingungen durch eine „aktivierende Datenpolitik“ durchtrennt wird. Jetzt braucht es Mut und Entscheidungsfreude im politischen Raum, um den gordischen Knoten bei den Bedingungen zur Bereitstellung staatlicher Geoinformationen zu durchtrennen.

GeoBusiness funktioniert nur mit einfachen und einheitlichen Lizenzen, Preismodellen und Datenschutzbedingungen. Wenn die Wirtschaft von INSPIRE profitieren soll, dann muss in Deutschland ein mutiger Veränderungsprozess greifen.

Der Biologe Thomas Beißwenger, Jahrgang 1965, hat erste Erfahrungen mit Geoinformationssystemen als Werkstudent beim Umweltministerium Baden-Württemberg gesammelt. Nach dem Studium ging Herr Beißwenger als Referent für Rohstoffsicherung und Umweltschutz zum Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE), wo er heute Geschäftsführer ist. Er ist zudem Geschäftsführer bei der Steine- und Erden Servicegesellschaft SES GmbH und Projektleiter des GIW Leitprojektes GeoRohstoff der GIW-Kommission. Er hat den Aufbau von www.GisInfoService.de als Branchenportal der Steine- und Erdenindustrie in Deutschland 2005 initiiert und bis heute begleitet.



© Thomas Beißwenger

Thomas Beißwenger

Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. - Geschäftsführer
73760 Ostfildern, Gerhard-Koch-Straße 2, E-Mail: beisswenger@iste.de

Kreativität braucht organisatorische Freiräume

Geschäftsmodelle im Geo Business werden vor allem von der Kreativität der Unternehmen getragen. Das noch junge Geschäftsfeld erfordert Ideenreichtum, technisches Verständnis, jeweilige Branchenkenntnisse und unternehmerischen Mut.

Ob diese Potenziale voll ausgeschöpft werden können, hängt nicht zuletzt davon ab, wie viele Ressourcen durch organisatorische Belange gebunden werden. Dieser Aspekt hat auch einen großen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsideen. Auf der Suche nach Investoren und Finanzierungsmöglichkeiten hängt viel von der Höhe der finanziellen und personellen Einstiegsinvestition und dem erwarteten Zeitpunkt des Erreichens der Gewinnzone ab. Je höher die Investitionen sind bzw. später dieser Zeitpunkt liegt, desto größer wird das Risiko und desto kritischer werden alle Beteiligten einer neuen Geschäftsidee gegenüber stehen. Unklare Randbedingungen und hohe Einstiegsinvestitionen können in solchen Entscheidungsprozessen das

schnelle Ende von an sich guten Ideen sein.

Ein Beispiel aus der Praxis: Ein potenzieller Kunde eines GeoBusiness Produktes oder einer Dienstleistung möchte selbstverständlich wissen, was das Produkt oder die Dienstleistung zum Zeitpunkt des Kaufes und in der Folgenutzung kosten wird und in welchem Umfang und zu welchen Zwecken er das Produkt nutzen bzw. die Dienstleistung in Anspruch nehmen kann. Selbst bei hohem Bedarf und gutem Entwicklungs- und Ausbaupotenzial ist es schwer, diesen Kunden tatsächlich zu gewinnen, wenn man die Kosten- und Nutzungsfrage nicht beantworten kann.

Wenn man also solche wesentlichen organisatorischen Belange mit geringem Aufwand klären kann, bleiben deutlich mehr Ressourcen für die kreative Entwicklung und die Erschließung von Märkten und Kundenkreisen, also die tragenden Teile eines Geschäftsmodells.

Die bisherigen guten Entwicklungen zeigen, dass Ideen und

Märkte vorhanden sind und in Wirtschaft und Verwaltung dynamische Prozesse wirken. In diesem Sinne sollten wir alles daran setzen, den Kreativpotenzialen in den Unternehmen möglichst viel Freiräume zu geben, um das GeoBusiness noch smarter und lebendiger werden zu lassen.

Unternehmen benötigen mehr Kapazitäten für die Kreativität in den Geschäftsideen. Wir müssen den organisatorischen Aufwand der Datenbeschaffung und die Kosten deutlich reduzieren, damit das GeoBusiness smarter und lebendiger wird.

Herr Luckhardt studierte Vermessungswesen an der Universität Hannover. Seit 1988 ist er auf verschiedenen Positionen in der heutigen Abteilung -Geoinformation- der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung tätig. 2006 wurde er zum Leiter der Abteilung -Geoinformation- ernannt. Er vertritt das Land Berlin im Lenkungsgremium der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) und hat hier zur Zeit den stellvertretenden Vorsitz inne.

Herr Dr. Lenk studierte Geographie an der Universität Bremen und promovierte im Bauingenieurwesen an der TU Darmstadt. Nach zweijähriger Tätigkeit bei der Unternehmensberatung Accenture wechselte er 2002 an das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.



© Thomas Luckhardt



© Dr. Martin Lenk

Thomas Luckhardt

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
10702 Berlin, Mail: thomas.luckhardt@senstadt.berlin.de

Dr. Martin Lenk

Koordinierungsstelle GDI-DE - Leiter, 60598 Frankfurt,
Richard-Strauss-Allee 11, Mail: martin.lenk@bkg.bund.de

Geodaten vernetzen - besser entscheiden!

Informationen mit Raumbezug ermöglichen, erleichtern und optimieren eine Vielzahl von Entscheidungen und Prozessen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Zugang zu diesen Geoinformationen stellt eine wesentliche Grundlage für die Bewältigung von Aufgaben und Herausforderungen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft dar. Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von digitalen Geodaten sind wichtige Bestandteile der modernen Informationsgesellschaft.

Die Bereitstellung von Geodaten über Internetdienste führt zu Transparenz in einfachen und komplexen Sachverhalten.

Geodaten sind beispielsweise relevant bei privaten und wirtschaftlichen Standortentscheidungen, bei Risikobewertungen, der Identifikation von Nutzungskonflikten und dem Klimaschutz. Bürgerdienste wie Radrouten, Stadtpläne oder die Verortung von Freizeit- und Tourismusangeboten sind weitere Anwendungsbeispiele.

Im Rahmen der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) wird die Vernetzung von Geodaten in Deutschland aktiv und unter Beteiligung aller Verwaltungsebenen und der Wirtschaft vorangetrieben. Handlungsgrundlage für alle Maßnahmen ist das Architekturkonzept GDI-DE, das 2010 in der Version 2.0 unter Beteiligung vieler Interessensträger, einschließlich der GIW-Kommission sowie mehrerer GIS-Unternehmen entwickelt und veröffentlicht wurde.

Das Architekturkonzept GDI-DE beschreibt Technologien, elementare Funktionen und die anzuwendenden Standards mit dem Ziel der Bereitstellung von interoperablen Geodaten und Geodatendiensten in der GDI-DE. Das Architekturkonzept GDI-DE wurde mit Sicht auf die öffentliche Verwaltung formuliert. Das Konzept ist grundsätzlich auf allen Ebenen der Verwaltung anwendbar. Die technischen Standards eignen sich auch zum Einsatz in Wirtschaft, Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) steht für die effektive Vernetzung ortsbezogener Daten im Internet. Sie ist elementarer Bestandteil unserer Informations- und Mediengesellschaft.

Studium Dipl.-Ing. Maschinenbau, Einstieg in die Prozessrechner- und kommerzielle Datenverarbeitung bei Siemens, Entwicklung des Software-Prozess-Planes, dokumentiert im Buch „Leitfaden der Softwareentwicklung“. Leitung von IT-Abteilungen mit IT-Entwicklungen für alle betrieblichen Funktionen in mehreren Bereichen. Leitung Entwicklung und Vertrieb von CAD-Systemen. Geschäftsführer der SICAD GmbH. Von 2002-09 Gesellschafter u. Geschäftsführung der Beteiligungs- und Beratungs- GmbH, seit 2010 freiberuflich tätig „GIS-Projekte und Beratung“ und Mitglied des Vorstandes Runder Tisch GIS e.V.



© Horst Gotthardt

Horst Gotthardt

Unternehmensberater

82110 Germering, Sandstraße 1, E-Mail: gotthardt-germering@t-online.de

Die intelligente Verknüpfung von Geo- mit bereits vorliegenden Daten erschließt neue Geschäftsfelder in Consumer- und Businessbereichen

In den letzten Jahren werden die bis dahin nur Insidern bekannten Geobasisdaten immer mehr von breiteren Schichten aus Gesellschaft und Industrie wahrgenommen, aber es bleiben noch viele Möglichkeiten offen. An der Öffnung aus der „Daten-Enklave“ haben viele Faktoren mitgewirkt,

- die „Geo-Aktivitäten“ von Google und Microsoft brachten der Allgemeinheit die Möglichkeiten von Luftbildern nahe,

- die OGC-Standards führten zu einfachen Anwendungen ohne komplizierte und teure Softwarepakete,

- die Aktivitäten der „Runden Tische GIS“ führten zu intensiven Kontakten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft inklusive der Studien und Forschungsarbeiten in Zusammenarbeit mit den Universitäten,

- die vielen Publikationen der Fachpresse und die Öffentlichkeitsarbeiten von Fachgremien brachten das Thema mit Anfangserfolgen den politischen Mandatsträgern nahe. Auch

dieses führte dann zu der Gründung der „Kommission für Geoinformationswirtschaft“,

- eine veränderte Preispolitik der öffentlichen Hand für Geobasisdaten,

- die technischen Innovationen der „Handytechnologie“ mit den Anwendungen der Navigationen in den Geräten für Jedermann.

Mit dem GeoBusiness AWARD ist ein öffentlichkeitswirksamer Weg gefunden, clevere und beispielhafte Geschäftsideen aus dem GeoBusiness zu prämiieren, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Zusammenhang mit Geoinformationen in vielen Branchen aufzuzeigen.

Die Verknüpfung von Geobasisdaten mit Daten aus den sozialen und wirtschaftlichen Bereichen ist sowohl für die persönlichen Ansprüche als auch für Industrie und Dienstleistungsunternehmen ein MUSS in der Welt von heute und morgen.

Klaus Greve studierte Geographie in Kiel, Kopenhagen und Hamburg. Nach Stationen als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Oldenburg und Osnabrück wechselte er zur Hamburger Verwaltung, wo er bei Polizei und Hafenverwaltung sowie als IT-Leiter der Umweltbehörde tätig war. Seit 1996 ist er Professor für Geographische Informationssysteme an der Universität Bonn. Zu seinen Spezialgebieten gehören: Interoperable raumbezogene Web Services in Geodateninfrastrukturen und Umweltinformationssystemen, raumbezogenes GRID und Cloud Computing, Nutzen durch Geoinformation, Unternehmens- und Politikberatung.



© Prof. Dr. Klaus Greve

Prof. Dr. Klaus Greve

Geographisches Institut der Universität Bonn - Professur für Geographische Informationssysteme, 53001 Bonn, Postfach 1147, E-Mail: klaus.greve@uni-bonn.de

Geoinformation ist der Klebstoff des Web 2.0

In der Wissensgesellschaft sind Wissen und Information nicht mehr nur das Ergebnis von Erfahrung und individuellen Lernprozessen, sondern auch des Aufbaus technisch nutzbarer, übertrag- und handelbarer Datenbestände. Dazu gehört zentral das Orientierungs- und Ordnungswissen der Geoinformation. Es verwundert daher nicht, dass IT-Infrastrukturprovider wie Google oder Microsoft umfassende Geodienste bereit stellen, Alltagsgeräte wie Autos, Mobiltelefone und Fotoapparate mit GPS-gestützten Positionierungssensoren ausgerüstet werden und kaum ein Meshup im Web 2.0 ohne eine Geokomponente auskommt.

Geoinformation ist praktisch: Sie erlaubt es, Informationsschnipsel zu ordnen und zueinander und zu Orten der realen Welt in Beziehung zu setzen. Sie ist eine wesentliche Basiskategorie zur Ordnung und Verknüpfung von Information. Je mehr und detailliertere Informationen verfügbar sind, um so wichtiger wird diese Ordnungs- und Orientierungsfunktion der

Geoinformation – und gleichzeitig werden mehr und detailliertere Geoinformationsprodukte benötigt als bisher.

Damit stellt sich die Frage: Ist die Geoinformationsversorgung der Wissensgesellschaft gesichert? Traditionell produziert der Staat Geoinformationen zur Unterstützung von hoheitlichen Aufgaben wie Grundsteuererhebung, Sicherung des Grundeigentums und Sicherstellung von Recht und Ordnung. Bürger und Wirtschaft partizipieren von der staatlichen Geoinformationsversorgung, können aber nur sehr begrenzt durch ihre Nachfrage auf die angebotenen Produkte einwirken, da die Eigennachfrage des Staates die Produkte weitgehend bestimmt. Diese Struktur hemmt die Entwicklung einer marktgerechten Geoinformationsversorgung.

Um das wirtschaftliche Potenzial der Geoinformation zu entfalten, bedarf es daher einer Neuorganisation der Geoinformationsproduktion, in der die Nachfrage das Angebot an Geoinformationsprodukten stärker bestimmen kann.

Dem Staat kommt weiterhin die Aufgabe zu, eine verlässliche Basisversorgung mit Geoinformationen sicher zu stellen. Die Schnittstelle zwischen Staat und Markt ist aber neu zu bestimmen.

Das Wissen vom „Wo?“ - also raumbezogenen Informationen - ist eine wesentliche Ressource der Wissensgesellschaft und ein konstituierendes Element des Web 2.0, insbesondere weil sie Struktur- und Verknüpfungskriterium für die Informationsfülle in realen wie virtuellen Welten darstellt. Deshalb brauchen wir neue Instrumente und neue Organisationsregeln für den Umgang mit Geoinformation.

Mathematikstudium an den Universitäten Marburg und Kiel; Promotion und Habilitation im Vermessungswesen, Universität Hannover. Anstellungen an etlichen Universitäten im In- und Ausland. Professor für GIS und Fernerkundung, Direktor des Instituts für Geoinformatik und Fernerkundung (IGF) der Universität Osnabrück. Präsident der Gesellschaft für Geoinformatik (GfGI) und Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Geoinformatik in Norddeutschland (GiN). Forschungsinteressen umfassen die Integration von GIS und Fernerkundung, Geoinformatikkonzepte, Fusionsverfahren und Umweltmonitoring. Mehr als 300 Publikationen über GIS, digitale Bildverarbeitung, Fernerkundung und Geoinformatik, sowie über 300 Vorträge auf wissenschaftlichen Tagungen, darunter zahlreiche *Invited* und *Keynote Papers*.



© Prof. Dr.-Ing. Manfred Ehlers

Prof. Dr.-Ing. Manfred Ehlers

Universität Osnabrück - Institut für Geoinformatik und Fernerkundung (IGF)
49076 Osnabrück, Barbarastr. 22b, E-Mail: mehlers@igf.uni-osnabrueck.de

Geoinformation und Geoinformatik dringen immer stärker in den Alltag des Bürgers ein

Mit der Diskussion um StreetView wurden Geoinformationen erstmalig im Kernbereich von Politik und Medien wahrgenommen. Lokale Anwendungen auf Smartphones, Integration des Nutzers im Web 2.0, offene Geodaten sind nur einige Entwicklungen im Zugang und in der Nutzung von Geoinformationen. Umso wichtiger ist es jetzt, diese Entwicklungen wissenschaftlich angemessen zu initiieren, zu begleiten und zu entwickeln. So wie die Informatik das Werkzeug zum computergerechten Umgang mit Information darstellt, so entwickelt die **Geoinformatik** die computergerechten Werkzeuge zum Umgang mit **Geoinformation**. Je nach Ausrichtung und Herkunft werden dabei verschiedene Schwerpunkte in der Ausprägung der Geoinformatik gesetzt.

Diese können geowissenschaftlicher oder informationstechnologischer Art sein und Schwerpunkte in der Erfassung, Modellierung und Präsentation von Geodaten, der räumlichen Analyse, der digitalen Ortsbestimmung und Navigation

oder der Entwicklung von raumbezogenen Datenbankmodellen und Algorithmen aufweisen. Entscheidend ist dabei, dass sich die Geoinformatik nicht als Flickenteppich, sondern als integrierter Gesamtansatz zur Erfassung, Speicherung, Analyse, Modellierung und Präsentation/ Visualisierung von Geo-Prozessen darstellt. Die Geoinformatik ist daher in ihrer Gesamtheit kein Teil der Geographie, Geodäsie oder der Informatik, sondern eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin.

Allerdings besitzen viele Geoinformatik-Forschungen und -Entwicklungen ihren Ausgang nicht in Geoinformatik-Institutionen, sondern kommen z.B. aus der Informatik, der Geographie oder der Geodäsie. Um diese Entwicklungen besser zu bündeln und voranzutreiben, wurden in den letzten Jahren Vereinigungen für die Forschung und Entwicklung der Geoinformatik gegründet. Die wissenschaftliche Seite vertritt dabei die 2006 gegründete Gesellschaft für Geoinformatik

(GfGI), die die deutschsprachige Geoinformatik (D, A, CH) vertritt.

In Norddeutschland wurde mit der Gründung des Vereins zur Förderung der Geoinformatik in Norddeutschland (GiN) ein gemeinnütziger Verein ins Leben gerufen, der Wissenschafts-, Wirtschafts- und Verwaltungsinteressen berücksichtigt.

Gemeinsam gestalten beide Vereine die jährliche Tagung Geoinformatik, die im nächsten Jahr vom 15. – 17. Juni in Münster stattfinden wird. Während der GeoBusiness AWARD die beste Geschäftsidee auszeichnet, wird auf der Geoinformatik 2011 wiederum der Preis für die beste Hochschulabschlussarbeit des letzten Jahres verliehen.

Smartphones, StreetView, Open StreetMap: Geoinformation für jedermann, zu jederzeit, an jedem Ort. Geoinformatik als Disziplin zum Umgang mit Geoinformation gewinnt immer größere Bedeutung.

Assessor des Markscheidefaches Dipl.-Ing. Joachim Deutschmann studierte Markscheidewesen an der TU Clausthal und absolvierte das Referendariat am Landesoberbergamt NW in Dortmund. Seit 1986 hatte er verschiedene Positionen bei der RAG Aktiengesellschaft auf Bergwerken und in der Hauptverwaltung mit den Schwerpunkten Lagerstätte, Raumordnung, Genehmigungen inne. Von 1994 bis Ende 2009 war er für den zentralen Geschäftsbereich Geodatenmanagement zuständig. Im Vorstand des DMV war er 2001 bis 2009 aktiv, fungiert heute als dessen Berater und wirkt in verschiedenen Fachgremien und Arbeitskreisen mit.



© Joachim Deutschmann

Joachim Deutschmann

Deutscher Markscheider-Verein e.V. (DMV)
44623 Herne, Shamrockring 1, E-Mail: deutschmann@dmv-ev

Amtliche Geodaten unterstützen die Versorgung des Marktes mit Energie- und Industrierohstoffen

Bedeutende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Interessen sind in Einklang zu bringen, um die Versorgung des Marktes mit Energie- und Industrierohstoffen sicherzustellen.

Die deutschen Rohstoffbetriebe und der Gewinnungsbergbau auf Salze, Metalle, Erdöl, Erdgas, Stein- und Braunkohlen sowie der Speicher-, Einlagerungs- und Endlagerungsbergbau treten in unterschiedlichster Form für die Öffentlichkeit in Erscheinung. Flächeninanspruchnahmen sowie Einwirkungen auf Natur, Landschaft, Infrastruktur und Eigentum führen zu intensiven Nutzungskonflikten an der Tagesoberfläche. Die Folgen für öffentliches und privates Eigentum sind oftmals Gegenstand gutachterlicher Beurteilungen und rechtlicher Auseinandersetzungen.

Vor Aufnahme einer Rohstoffgewinnung sind Planungs- und Genehmigungsverfahren mit hoher Detailtiefe und erheblichem Zeitbedarf auf Basis amtlicher Geobasis- und Geofachdaten, ergänzt um eine Vielzahl betrieblicher Daten,

durchzuführen. Zuverlässigkeit in der thematischen Aussage, Flächendeckung, Aktualität, Akzeptanz, leichter Zugang, Interoperabilität und Kostengünstigkeit sind wesentliche Parameter bei der Beurteilung der Nutzbarkeit öffentlicher Daten aus unternehmerischer Sicht. Jeder Datenerwerb, jede Datenerzeugung ist eine Investition in die Zukunft.

Die zuständigen Behörden müssen unter formaler und fachlicher Sicht von dem Informationsgehalt der in das Genehmigungsverfahren eingebrachten Geodaten überzeugt sein. Politik, Öffentlichkeit und Presse sind an einer umfassenden, leicht verständlichen und nachvollziehbaren Darstellung planerischer Aussagen interessiert. Gute Geoinformationen machen Planungen konsensfähig und vermeiden Kommunikationsprobleme.

Das Angebot an digitalen öffentlichen Geodaten ist bereits vielfältig und nimmt stetig zu. Der Zugriff über Portale und eShops ist häufig schon möglich und muss weiter ausgebaut werden.

Es bestehen immer noch Nutzungsbarrieren, die schnell abzubauen sind. Dem Ingenieurbüro, das den klein- und mittelständischen Rohstoffbetrieb betreut oder dem Investor, der länderübergreifend Prospektionsprojekte beabsichtigt, muss es möglich sein, kostengünstig auf digitale Geobasis- und Geofachdaten zugreifen zu können oder schnell den passenden Anbieter zu finden.

Beim Abbau der Nutzungsbarrieren für öffentliche Geodaten setzt die Kommission für Geoinformationswirtschaft wirkungsvoll den Hebel an. Sie hat durch ihre Pilotprojekte und Task Forces für die Bundesebene bereits spürbare Erfolge erzielt. Dieses Wirken ist nachhaltig zu gestalten und mit Strahlkraft für die Länderebene zu versehen.

Zur Sicherung der deutschen Energie- und Rohstoffbasis sind aktuelle digitale, langfristig verfügbare amtliche Geobasis- und Geofachdaten eine wichtige Planungsgrundlage zur Lösung der Nutzungskonflikte an der Tagesoberfläche.

Norbert Schächter studierte Bergbau an der Technischen Universität Clausthal. Im Anschluss an seine Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut und Promotion bekleidete er bei der Ruhrkohle AG verschiedene Führungspositionen. 1988 wurde er Betriebsdirektor des Bergwerks Friedrich Heinrich, Kamp-Lintfort, 1994 Direktor des Bergwerkes Lohberg, Dinslaken. Seit 2001 ist Dr. Schächter Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Bergbau und ihrer Rechtsnachfolgerin, der Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V. in Berlin.



© Dr. Norbert Schächter

Dr. Norbert Schächter

Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V. (VRB) – Hauptgeschäftsführer
10625 Berlin, Am Schillertheater 4, E-Mail: n.schaechter@v-r-b.de

Rohstoffgewinnung braucht verlässliche Geodaten

Gewinnung mineralischer Rohstoffe ist weltweit ohne verlässliche Vermessungsdaten nicht machbar. In dicht besiedelten Ländern wie in Deutschland ist nicht nur die Vermessung, sondern die Vielzahl anderer Nutzungsansprüche an die Landesfläche für die Rohstoffgewinnung aus heimischen Lagerstätten zu beachten. Jeder Bundesbürger nutzt täglich direkt oder indirekt rund 30 kg mineralischer Rohstoffe, die in diesen Betrieben gewonnen werden. Ohne diese Rohstoffe wäre ein Leben, wie wir es in unserem Land führen, nicht möglich.

Bei der Planung, dem Betrieb, aber auch der Rekultivierung dieser Rohstoffgewinnungsbereiche sind viele Rahmenbedingungen zu beachten.

Die Geoinformationsdienste können vielschichtige und aktuelle Informationen bereitstellen. Für die Integration der Rohstoffgewinnung in die Raumplanung und die frühzeitige Berücksichtigung der Besonderheiten der Rohstoffgewinnung ist die Nutzung aktueller Geodaten eine wichtige Voraussetzung.

Die Gebundenheit an die örtliche Lagerstätte, die dynamische Betriebsweise über die Laufzeit eines Gewinnungsbetriebes, die zeitliche Befristung der Mineralgewinnung und die folgende Rekultivierung oder Renaturierung kennzeichnen die Besonderheiten der Rohstoffgewinnung gegenüber anderen Nutzungsansprüchen. Auch diese Besonderheiten lassen sich in entsprechenden Geoinformationen darstellen.

Nachhaltige Gewinnung mineralischer Rohstoffe braucht zuverlässige Geodaten mit aktuellen, umfassenden Informationen über alle Nutzungsansprüche der Landesfläche. Geoinformationssysteme liefern diese Daten.

Impressum

Herausgeber:

Kommission für
Geoinformationswirtschaft
- Geschäftsstelle -
an der Bundesanstalt für
Geowissenschaften und Rohstoffe
Stilleweg 2
30655 Hannover
Tel.: +49 (0) 511 643-2997
Fax: +49 (0) 511 643-2995
Mail: Kontakt@GeoBusiness.org
Internet: www.GeoBusiness.org

Redaktion:

Kommission für
Geoinformationswirtschaft
- Geschäftsstelle -
Andrea Satli, Dr. Jörg Reichling

Layout:

Kommission für
Geoinformationswirtschaft
- Geschäftsstelle -
Andrea Satli

Druck:

DRUCKHAUS PINKVOSS GmbH
Landwehrstraße 85
30519 Hannover
Internet:
www.druckhaus-pinkvoss.de

Stand: November 2010

Fotos

Copyright/Titelbild:

Bergland_Braunerde_Forst:
Urheberrechtlich geschützt für
© BGR/LBEG

Kabelverteilung:
IVBB/IVBV - Bilddatenbank der
Bundesverwaltung

Kopf:
GIW-Geschäftsstelle

Euro:
IVBB/IVBV – Bilddatenbank der
Bundesverwaltung

Strommasten:
IVBB/IVBV – Bilddatenbank der
Bundesverwaltung

Copyright/Innenseiten:

Siehe Urhebervermerke neben
den Fotos.

